Starke Gestalter, wachsamer Mahner: Der BUND für eine gerechte, nachhaltige und demokratische Zukunft. Gemeinsam gegen den Rollback, für mehr Umwelt- und Naturschutz.

Seit 50 Jahren setzen wir uns für Umwelt-, Klima- und Naturschutz ein – und für soziale Gerechtigkeit und eine lebendige Demokratie. Wir sind eine kritische Stimme mit Blick nach vorn. Um noch mehr zu bewegen, wollen wir unsere Arbeit noch sichtbarer machen.

Unsere Welt steckt in der Krise. Klimawandel, Artensterben, soziale Ungleichheit, Kriege und der Abbau zivilgesellschaftlicher Werte fordern entschlossene und mutige Antworten. Doch statt Fortschritt erleben wir Rückschritte: Populistische, antidemokratische und extrem rechte Kräfte greifen unsere Demokratie an – und gefährden unser Zusammenleben. **Wir halten dagegen.**

Wir erleben, dass sich die westliche Führungsmacht USA unter Präsident Trump vom zaudernden Bremser zum aktiven Saboteur einer sozial-ökologischen Transformation weltweit entwickelt hat. Gleichzeitig beschleunigt sich in vielen Teilen der Welt – insbesondere des Globalen Südens – der Ausbau Erneuerbarer Energien und bietet damit Chancen für eine klimaverträgliche soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Statt dies zu nutzen und voranzugehen mit Klimaschutz, Erneuerbaren Energien und einer Beschleunigung der sozial-ökologischen Transformation treten Bundesregierung und Europäische Kommission auf die Bremse und verspielen damit sowohl den Schutz unserer Lebensgrundlagen als auch unsere sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen.

Die aktuellen Entscheidungen der EU-Kommission und der Bundesregierung und Kanzler Friedrich Merz zeigen deutlich: Es geht rückwärts. In zentralen Bereichen wie Naturschutz, Landwirtschaft, Klimaschutz und Chemikalienpolitik werden wichtige Standards abgebaut. Unter dem Deckmantel von „Bürokratieabbau“ werden Umwelt- und Gesundheitsstandards, Beteiligungsrechte und Klagemöglichkeiten geschwächt. Stattdessen wird auf eine perspektivlose, ausschließlich an abstrakten Wachstumszielen orientierte Politik gesetzt. Dies widerspricht klar unseren Zielen – gerade jetzt brauchen wir mehr Schutz für unsere Lebensgrundlagen, nicht weniger. Wir brauchen den konsequenten Umbau unserer Energiewirtschaft hin zu 100% Erneuerbarer Energien statt alter fossiler Verschleierungsstrategien wie Gas, alternative Treibstoffe oder CCS. Wir brauchen eine ambitionierte Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung statt weniger Schutz für die Umwelt und weniger Rechte für Menschen, die sich auf Umweltgesetze berufen.

In der Landwirtschaftspolitik vollzieht sich ein Rückfall in alte Denkmuster: Die gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft werden ignoriert, wichtige Instrumente wie die Stoffstrombilanzverordnung werden außer Kraft gesetzt, die Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung, nicht umgesetzt. Im Wirtschaftsministerium werden der Gasausbau und die CO_2-Abscheidung und –Speicherung vorangetrieben, während der Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst wird. Im Verkehrsbereich sollen mehr Straßen gebaut werden und Verbrenner länger fahren. Für klimapolitisch wichtige Investitionen stehen im Haushalts der Bundesregierung immer weniger Mittel bereit, Gelder für die

Wärmewende werden gestrichen. So droht die Klimapolitik zum Papiertiger zu werden. Angriffe auf den Sozialstaat verhindern den Zugang vieler Menschen zur Transformation. Entstehende Lasten werden damit zu denen umgelagert, die am wenigsten für die Probleme können. Durch die Kürzungen von Geldern in Demokratieförderungs- und Bildungsprojekten, wird die Zivilgesellschaft geschwächt dagegen aufzustehen. Wir sagen klar Nein zu dieser Politik. Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht mehr auf nationale Grenzen beschränken. Nachhaltiger Umwelt- und Klimaschutz sowie der Erhalt demokratischer Strukturen erfordern ein globales Denken und Handeln. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die neokoloniale Machtungleichgewichte berücksichtigt, ist daher unerlässlich. Der BUND zeigt sich solidarisch mit Umweltschützer*innen weltweit und unterstützt internationale Bedürfnisse.

Gelder für den ökologischen Umbau in Kommunen und das erfolgreiche EU-Umweltförderprogramm LIFE sollen aus dem EU-Haushalt gestrichen werden. Die Chemikalien-Verordnung REACH wird de facto ausgehöhlt - eine schleichende Deregulierung toxischer Substanzen. **Insbesondere die Initiativen aus dem Wirtschaftsministerium, dem Landwirtschaftsministerium und dem Verkehrsministerium zeigen, das der Klimaschutz, die Wärmewende, die Agrar- und Mobilitätswende massiv ausgebremst werden sollen.**

Hoffnungsvoll und entschlossen – für eine Politik der ökologischen Erneuerung

Wir stehen an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Entscheidungsträger*innen in Berlin und Brüssel müssen spüren, dass eine starke Umweltbewegung nicht zulässt, dass bewährte Standards der Gewinnmaximierung geopfert werden. In den letzten 50 Jahren haben wir gezeigt, dass wir das können: Der Atomausstieg, das Grüne Band, das Zukunftsfähige Deutschland als Zielbild für die Transformation, der Kohleausstieg und die Naturschutzgroßprojekte. **Der BUND kann alleine und gemeinsam mit anderen Gesellschaft verändern.** Dafür brauchte es die Kraft und das Engagement vieler Menschen und den sicheren Rahmen einer Demokratie.

Die Bundesdelegierten des BUND fordern entschlossenes Handeln von der Bundesregierung – jetzt! Wir brauchen verbindliche, ambitionierte Ziele, die sozial gerecht umgesetzt werden. Die Zeit des Zögerns ist vorbei. Wir fordern:

- **Natur schützen – verbindlich und finanziert**: Die Bundesregierung muss eine gesetzliche Verankerung europäischer Schutzvorgaben und klare Fristen für die Renaturierung von Mooren, Flüssen und Wäldern, Küsten und Meeren sicherstellen und den Flächenverbrauch stoppen. Wir erwarten von ihr umfangreiche Finanzmittel für den Flächen- und Artenschutz, die Begrünung von Städten sowie starke Öko-Prämien und Honorierung klima- und umweltdienlicher Betriebe in der Landwirtschaft. Wir fordern von der Bundesregierung die Einführung verbindlicher Pestizid- und Düngereduktionsziele und die Sicherung der Land- und Lebensmittelwirtschaft, die weiter ohne Gentechnik arbeiten will. Die Bundesregierung muss sich deshalb gegen den geplanten Abbau von Regeln für die neue Gentechnik aussprechen. Die Angriffe auf unsere Klage- und Beteiligungsrechte müssen ein Ende haben. Sie sind essentiell für den Schutz der Natur!

- **Green Deal sichern**: Europa darf seine Umwelt-Erfolge nicht verspielen. Die Bundesregierung muss sich in der Europäischen Union für eine klare Absicherung und Weiterentwicklung des Green Deal einsetzen.
- **Suffizienz als "Strategie des Genug" umsetzen:** Suffizienz ist eine entscheidende Strategie für den Natur-, Umwelt- und Ressourcenschutz und somit für ein langfristig gutes Leben für alle Menschen auf der Erde. Die Politik ist gefordert, entsprechende Anreize und Regeln vorzugeben, um unser Wirtschaftsmodell und Konsumverhalten an den planetaren Grenzen sowie sozialer Gerechtigkeit auszurichten.
- **Energie- und Mobilitätswende vorantreiben**: Wir fordern von der Bundesregierung den ambitionierten und naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien, die konsequente Senkung des Energieverbrauchs, einen Ausstiegspfad aus Erdgas bis spätestens 2040 und die Sicherung des Atomausstiegs. Für das Heizen mit erneuerbaren Energien und die Reduktion des Wärmebedarfs braucht es klare Regeln und eine Absicherung der Fördermittel. Wir streiten für eine umwelt- und sozialgerechte Mobilität für alle, für einen gut finanzierten Nahverkehr, ein bezahlbares Deutschlandticket und den Bau- und Planungsstopp neuer Fernstraßen.
- **Chemikalienpolitik reformieren**: Es braucht eine Rückbesinnung zum Vorsorgeprinzip in der Chemikalienpolitik. Dazu muss die Europäischen Union Lücken in REACH schließen. Zudem braucht es transparentere Zulassungsverfahren und die Beteiligung von Zivilgesellschaft und unabhängiger Wissenschaft an Risikoprüfungen sowie beschleunigte Verbote besonders gefährlicher Stoffe.

Die Zeit für zaghafte Kompromisse ist abgelaufen – unsere Natur, unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit verlangen jetzt entschiedene Politik. Wo die Regierung ihren Auftrag verfehlt, ist eine starke und geschlossene Zivilgesellschaft gefragt.

Der BUND als starker Gestalter – gemeinsam für eine ökologische Zukunft

Der BUND als Mitgliederverband muss auch in Zukunft in dieser Situation die Plattform sein, in der sich Widerstand vor Ort, in den Landesverbänden oder auf Bundesebene bündeln kann. Der BUND muss auch in Zukunft der Ort sein, wo durch die hohe Expertise und das große Engagement auf allen Ebenen konkrete Alternativen entwickelt und aufgezeigt werden. Deshalb haben wir gemeinsam im letzten Jahr das Projekt Mitgliedergewinnung auf den Weg gebracht und werden es entschlossen mit euch vorantreiben. **Der BUND ist aktiv, Land auf, Land ab** – sowohl in den Großstädten, als auch auf dem Land. Bei der Vielzahl unserer Herausforderungen müssen wir uns immer wieder auf zentrale Themen fokussieren, um wirksam zu werden. Wie gut das funktioniert, zeigt unser gemeinsames Engagement beim Thema Wasser und andere erfolgreiche Kampagnen, wie zum Kohleausstieg. **Denn intakte Natur, sauberes Wasser, gesunde Böden, Klimaschutz, soziale Teilhabe, die Gesundheit aller und die Menschenwürde sind nicht verhandelbar!**

In dieser Rolle bleiben wir unbequem, aber konstruktiv. Wir benennen Fehlentwicklungen, bieten Lösungen, klagen den Schutz unserer Lebensgrundlagen ein und stärken zivilgesellschaftliche Allianzen. Denn **Umwelt- und Naturschutz sind keine Nischenthemen – sie sind Grundvoraussetzung für ein gutes Leben für alle.** Millionen Menschen engagieren

sich tagtäglich für eine lebenswerte Zukunft – in Initiativen, Bewegungen und Organisationen. Die falschen Entscheidungen der Bundesregierung durch den Abbau von Umwelt, Naturschutz- und Klimapolitik erzeugen Widerstände vor Ort und geben uns Rückenwind. Der BUND ist Teil dieser Bewegung und verstärkt sie.

Wir übernehmen seit 50 Jahren Verantwortung: Als Gestalter*innen und Mahner*innen. Unsere Erfolge sind Ergebnis eines engmaschigen Netzwerkes aus Bundesverband, Landesverbänden, unseren über 2000 Ortsgruppen und zehntausenden Ehrenamtlichen. Diese Struktur ist etwas Besonderes und hat uns bereits in der Vergangenheit ermöglicht, selbst in politisch schwierigen Zeiten sichtbare Fortschritte zu erzielen und Öffentlichkeit sowie Politik zum Handeln zu bewegen. Denn wir wissen: **Nur gemeinsam können wir den Aufbruch in eine Zukunft für alle gestalten**. Gemeinsam setzen wir uns ein für eine Transformation, die ökologische Grenzen achtet und soziale Teilhabe sichert.